

Tarifrunden 2022/2023: Aktuelle Probleme der Lohnpolitik

Gewerkschaftlicher Ratschlag, Karlsruhe, 6. Mai 2023

Eine Woche vor der Großen Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Bochum kamen im Karlsruher Gewerkschaftshaus über 60 gewerkschaftlich Aktive zu einem fruchtbaren Ratschlag der RLS Baden-Württemberg zusammen. In einleitenden Vorträgen des ver.di-Landesbezirksleiters *Martin Gross* (Stuttgart) und des IGM-Sekretärs *Ralf Jaster* (Reutlingen) wurden vormittags Kampfbedingungen, Erfahrungen und Ergebnisse der Tarifrunden 2022/23 dargestellt. Martin Gross hat die Tarifabschlüsse dreier Gewerkschaften in nachfolgender Tabelle verglichen:

Vergleich der Abschlüsse Öffentlicher Dienst, Metallindustrie und Chemie		
Gerechnet für 3.500 € brutto vor dem Abschluss, verheiratet, ein Kind, Steuerklasse 4 (ohne Faktor) 35 Jahre alt, nach Ende der Laufzeit noch 30 Jahre bis zur Rente		
Dauerhafte Wirkung nach der Laufzeit		
Branche	Tabellenwirksame Erhöhung	Aufsummiertes Mehr beim Brutto bis zur Rente
Chemie (20 Monate)	6,5 %	83.160 €
Metall (24 Monate)	8,5 %	109.440 €
ÖD (24 Monate)	11,53 %	145.440 €
Netto Wirkung während der Laufzeit		
Branche	Aufsummiertes Netto-Mehr nach 20 Monaten	Aufsummiertes Netto nach 24 Monaten
Chemie (20 Monate)	4.494 €	4.494 € plus ?
Metall (24 Monate)	4.254 €	4.914 €
ÖD (24 Monate)	4.308 €	5.180 €

Daraus sind deutliche Unterschiede zwischen den Tarifabschlüssen ersichtlich, die jedoch allesamt nicht ausreichen, Reallohnverluste zu verhindern.

In der nachfolgenden Diskussion wurde Folgendes herausgearbeitet:

- Gewerkschaftlicher Aufwind wurde festgestellt bei ver.di/Post und ver.di /ÖD sowie bei der EVG, nicht jedoch bei IGM und IG BCE.
- Es kommt selten vor, dass bei der Post und im ÖD höhere Tarifabschlüsse als in der Industrie herauskommen. Neben der unterschiedlichen Gefährdungslage bei Arbeitsplätzen besteht ein weiterer Grund darin, dass sich der ver.di-Vorsitzende Werneke nicht von der Konzertierte(n) Aktion hat einbinden lassen. Letztere ist die dritte ihrer Art und besteht seit Anfang 2022. Die verabredeten Leitlinien waren: bis zu 3.000 € steuer- und sozialabgabenfreie Einmalzahlungen und als Gegenleistung lange Laufzeiten bis zu 24 Monaten mit einer jahresdurchschnittlichen tabeln wirksamen Entgelterhöhung um die 4 % und der Verzicht auf Urabstimmungen

und Streik. Werneke war der Einzige, der bereits vor der ersten Runde der Konzentrierten Aktion öffentlich äußerte, er höre sich das mal an, lasse sich aber nicht binden. Nachdem die IG BCE und die IGM in Höhe der o.g. Leitlinie abschlossen, ging er zur offiziellen 3. Sitzung Anfang dieses Jahres nicht mehr hin, worauf diese nicht mehr stattfand. Dafür ging die ver.di-Bundestarifkommission des Postbereichs in die Urabstimmung. Der so erzielte Abschluss lag deutlich höher als in der Metall- und Chemiebranche und erhöhte damit die Messlatten für den ÖD und die EVG.

- Abgabefreie Einmalzahlungen wirken als »süßes Gift«, da sie schädlich für künftige Renten, aktuelle Rentner und Sozialkassen sind. Deshalb dürfen sie keine Schule machen.
- Innerhalb ver.di/ÖD laufen wieder Debatten, ob Schlichtungsvereinbarungen noch gebraucht werden.
- Die NGG hat sich auch nicht in die Konzentrierte Aktion einbinden lassen und einen guten Abschluss beispielsweise für die Zuckerindustrie ohne »giftige« Einmalzahlungen hinbekommen: 7,5 % mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten, was einer Reallohnsicherung nahekommt.

Hier wäre anzumerken: Gewerkschaften hatten schlechte Erfahrungen mit der Konzentrierten Aktion gemacht. 1967 ließen sie sich erstmals mehrere Jahre lang mit Regierung und Unternehmern auf Lohnleitlinien ein, was zu jahrelangen Reallohnverlusten führte. Durch die spontanen Septemberstreiks des Jahres 1969 von rund 140.000 Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie und Werften wurde Einiges wieder wettgemacht. Anfang der 70er Jahre trat die IGM vorzeitig aus der Konzentrierten Aktion aus. Damit begann die Zeit der »aktiven Lohnpolitik« mit hohen Forderungen und Abschlüssen. Die zweite Konzentrierte Aktion dauerte von Ende 1998 bis 2003 und wurde in »Bündnis für Arbeit« umbenannt, um schlechte Erinnerungen an frühere Jahre zu verhindern. Das Ergebnis: 4 Jahre mit Reallohnverlusten und Riesenprofiten. Danach wurde die Tarifpolitik wieder kämpferischer und erfolgreicher. Die dritte Konzentrierte Aktion begann im Vorfeld des DGB-Kongresses im Mai 2022. Allen drei Konzentrierten Aktionen war gemeinsam, dass sie von sozialdemokratischen Ministern (Schiller) oder Kanzlern (Schröder, Scholz) einberufen wurden, um Gewerkschaften zu bremsen und Unternehmer zu fördern.

Am Nachmittag wurde das Thema Arbeitszeitverkürzung in der öffentlichen Daseinsfürsorge behandelt, wobei auch die Forderung der IGM für die Stahlindustrie nach einer 4 Tage-Woche mit 32 Std. bei vollem Lohnausgleich eine Rolle spielte. Wenn aber die Inflation länger anhalten wird, werden 2025 wohl doch wieder Entgelterhöhungen (+Nachschlag) im Vordergrund stehen.

Joachim Schubert

Gemeinsam in die Offensive. Gewerkschaftsarbeit in Zeiten von Krise, Klima, Inflation

5. Konferenz Gewerkschaftliche Erneuerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 12.-14. Mai 2023, Bochum

Mehr als 1.500 Personen hatten sich zur dreitägigen fünften *Streikkonferenz*, so der ursprüngliche Name, angemeldet – rund doppelt so viele wie zur letzten im Jahr 2019 in Braunschweig gekommen waren. Drei Jahre Pandemie haben das Bedürfnis nach Austausch in Begegnung offenbar verstärkt. Hinzu kamen ein Aufschwung gewerkschaftlicher Bewegung und die Platzierung der Konferenz am Ende einer Phase intensiver Tarifauseinandersetzungen. Der rege Zulauf, insbesondere vieler junger Aktiver, darf insofern als Ausdruck großen Interesses gewertet werden, auch wenn teils mehr Hauptamtliche und Aktive sozialer Bewegungen als Beschäftigte selbst vor Ort gewesen sein dürften. Die Ruhr-Universität war zugleich ein symbolträchtiger Ort: Als erste Neugründung nach 1945 entstand diese nicht zufällig mitten im Revier und verkörperte das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung. Ihr aktuell maroder Zustand mag ebenso symbolisch für die Entwicklung dieses Versprechens sein: Aktuell entscheiden Elternhaus und Geldbeutel in Deutschland wieder stärker als früher über Bildungserfolg.

Zumindest der optimistische Einstieg von *Klaus Dörre* beim Auftaktplenar am Freitagabend, der angesichts der Streiks und Mobilisierungen der letzten Monate von einer »Renaissance der Arbeiterbewegung« sprach, ließe sich so gesehen also auch hinterfragen. Sein zentrales Thema war die notwendige Verbindung von ökologischer und sozialer Frage – die eine lasse sich heute ohne die anderen nicht beantworten – und die Konzentration von gewerkschaftlicher Gegenmacht auf Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hervorzuheben war seine Analyse europäischer sozialer Kämpfe, die jedoch verschieden gelagerte Fragen zum Gegenstand hätten. Ihre Gemeinsamkeiten bestünden darin, dass sie in Bereichen stattfänden, in denen vorrangig die öffentliche Daseinsvorsorge demontiert sei.

Die von Dörre aufgeworfene Frage transformativer Klassenpolitik angesichts der ökologischen Krise unter Bedingung trennender Momente zwischen (Industrie-)Gewerkschaften und Klimabewegung war sodann Gegenstand der anschließenden Diskussionsrunde: Der unterschiedliche Bezug der stellvertretenden Ver.di-Vorsitzenden *Christine Behle* und des Mitglieds der Geschäftsführung der IG Metall Köln-Leverkusen, *Paul Hecker*, auf *Felicitas Heinisch* von Fridays for Future illustrierte dabei die von Dörre genannten trennenden Momente: Während Behle zusammen mit Heinisch die Notwendigkeit einer radikalen Verkehrswende hervorhob und vor allem die von Ver.di vertretenen Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs im Blick hatte, bestand Hecker mit Blick auf von ihm vertretene Belegschaften der Automobilindustrie auf einer generellen »Technologieoffenheit« im Rahmen der Verkehrswende. Diese Bremserrolle behielt er im Verlaufe der Diskussion bei – es war vor allem der klugen Argumentation Heinischs zu verdanken, dass immer wieder argumentative Anknüpfungen an die Lage der Beschäftigten in der Automobilindustrie benannt wurden.

Der Vorsitzenden der Linkspartei, *Janine Wissler*, blieb der Verweis auf die entscheidende Rolle der Politik, in der Weichenstellungen zur Verbindung von Klassen- und Klimapolitik vorgenommen werden müssten – was von der gegenwärtigen Regierung freilich nicht zu erwarten sei.

Prägend nicht nur für die insgesamt gute Stimmung der Konferenz war das Eröffnungsplenum am Samstag, das inhaltlich wie symbolpolitisch bedeutsam war: Nach den Begrüßungen durch *Heinz Bierbaum*, Vorsitzender der RLS, und *Fanny Zeise*, gewerkschaftspolitische Referentin der RLS, trat ein Vertreter der streikenden »Rider« von *Lieferando* ans Mikro und vermittelte sehr eindrücklich, was es bedeutet, in diesem Bereich der Arbeitswelt Gegenmacht zu entfalten. Dass diese nicht immer erfolgreich ist, zeigte der Auftritt einer Delegation streikender Beschäftigter der unmittelbar vor der Schließung stehenden Galeria-Kaufhof-Filiale in Gelsenkirchen, die mit Standing Ovationen bedacht wurde. Für einen weiten und analytischen Blick sorgte wie gewohnt *Hans-Jürgen Urban*, Vorstandsmitglied der IG Metall, der über »Gewerkschaften in der Polykrise des Kapitalismus« sprach: Aufgabe der Gewerkschaften in der anstehenden sozial-ökologischen Transformation sei das Einbringen der Klassenperspektive, gesamtgesellschaftlich müsse es um die Rückgewinnung der Kontrolle über die Wirtschaft gehen – beides allerdings Forderungen, bei denen gegenwärtig fraglich ist, ob sie gesellschaftlich oder auch nur gewerkschaftsintern mehrheitsfähig sind.

Eine gute Konferenzregie setzte den Beitrag von Anuschka Mucha, Ver.di-Aktive und Beschäftigte am Uniklinikum Köln, ans Ende des Eröffnungsplenums. Ihr enthusiastischer Durchlauf der Chronologie des erfolgreichen Erzwingungsstreiks für einen Entlastungstarifvertrag an sechs Unikliniken in NRW heizte den Saal an. Wie konkrete Erfahrung in gewerkschaftlichen Kämpfen prägend für das Selbstbewusstsein und politische Bewusstsein der Beteiligten sind, zeigte ihre Schilderung der mit Hilfe von Ver.di erreichten Selbstermächtigung der Beschäftigten.

Der Hauptteil des Konferenzprogramms sowohl am Samstag und Sonntag bestand indes aus über zwei Dutzend, meist thematisch und nach Branchen sortierten Panels, in denen Beschäftigte und Gewerkschaftsaktive über die Lage und den Stand ihrer Auseinandersetzungen oder Organisationsprozesse berichteten. So bündelte eine Arbeitsgruppe etwa verschiedene Beschäftigtenbereiche unter dem Titel »Innovativ in die Offensive: Neue Streik- und Aktionsformen«. *Daniel Bremm* (IG Metall Darmstadt) und *Yilmaz Efe* (Betriebsrat Continental Babenhausen) berichteten darin über den Kampf um einen Sozialtarifvertrag u. a. unter Corona-Bedingungen. Continental wollte den gewerblichen Bereich an diesem Standort schließen und nach Osteuropa verlagern, parallel konnte der Organisationsgrad der Belegschaft stark vergrößert und die Schließung vorerst abgewendet werden. Berichtet wurde zudem über ein »Patensystem«, bei dem stets ein »Pilot« sowie ein »Co-Pilot« für die Verbreitung von Informationen zuständig waren. Die Schließung konnte zwar bis Ende 2028 hinausgezögert, außerdem gute Abfindungen sowie die Einrichtung einer Transfergesellschaft vereinbart werden. Das Ergebnis sei aber nicht im Rahmen einer Urabstimmung über einen unbefristeten Streik zustande gekommen – diese fehlende Abstimmung mit der Basis wurde selbstkritisch kommentiert. So sei bei den Beschäftigten stets das Gefühl geblieben, man hätte mehr erreichen können.

Weitere Arbeitsgruppen widmeten sich beispielsweise der prekären Arbeit an Hochschulen sowie der Mobilisierung für einen Tarifvertrag für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte (»TV Stud«), verschiedenen Kämpfen gegen Betriebs-schließungen und Verlagerungen oder aktuellen Beispielen der (Selbst-)Organisation migrantischer Lohnabhängiger, etwa bei Amazon, der Fleischindustrie oder im Kraftfahrzeuggewerbe, in denen teils besonders prekäre Voraussetzungen zum Aufbau von Gegenmacht vorherrschen.

Im Abschlussplenum zeigte *Gabriele Schmidt* (Landesbezirksleiterin ver.di NRW) am Beispiel von ver.di NRW, wie gewerkschaftliche Erneuerung konzeptuell angegangen werden kann. Über mehrere Jahre habe sich die Organisation zu einer basisorientierten und sehr politischen Gewerkschaft entwickelt, die sich stärker im Betrieb und auf der Straße zeigen wolle. Auch Nachwuchsförderung sei laut Schmidt dabei eine elementare Aufgabe. Abschließend sprach *Prof. Dr. Wolfgang Däubler* (Universität Bremen) zur Frage des politischen Streiks aus juristischer Perspektive: Dessen Rechtmäßigkeit sei juristisch gut begründbar, verringere dieser doch das Machtungleichgewicht des durch Kapitalinteressen beeinflussten Parlamentarismus gegenüber der Zivilgesellschaft. Für eine Umsetzung nannte er vier Punkte, die Beschäftigte wie auch Gewerkschaften verinnerlichen müssten: Belegschaften müssten gesellschaftliche Probleme auch als für sich selbst relevant begreifen; Belegschaften müssten ihre Angst vor Konflikten überwinden und Druck aushalten; Gewerkschaften müssten Forderungen der Belegschaft glaubwürdig vertreten, wozu auch gehöre, voreilige Tarifabschlüsse zu verhindern; die Gewerkschaften müssten sich auf diskursiver und praktischer Ebene mit gesamtgesellschaftlichen Problemen beschäftigen. Dafür müsse Kritik schärfer formuliert sowie in aktives Handeln übersetzt werden.

Anzumerken wäre neben einer insgesamt starken Fokussierung auf »Organizing«-Methoden als Instrument gewerkschaftlicher Mobilisierung (die zulasten der Auseinandersetzung mit klassischen Flächen- und Branchentarifverträgen gehen kann) auch das Fehlen von Debatten über die friedenspolitische Aufgabe der Gewerkschaften in der Mobilisierung gegen Militarismus und Krieg. *Frank Deppe* sprach am Freitag in einem Themenseminar über die historische Positionierung der Arbeiterbewegung zum Krieg und zeichnete die unterschiedlichen Stellungnahmen zu beiden Weltkriegen sowie zum Kalten Krieg nach. Man müsse, so Deppe, aus diesen Erfahrungen lernen und sich klar zu aktuellen Konflikten positionieren. Die Arbeiterbewegung, die heute außerhalb der Gewerkschaften nicht mehr existent sei, sei immer auch Teil der Friedensbewegung gewesen und müsse jegliche Form des Krieges scharf verurteilen – er bedeute immer auch Leid für die Lohnabhängigen. Darüber hinaus blieb neben der Friedensfrage, sicher auch um einschlägige Kontroversen zu vermeiden, auch die Auseinandersetzung um die Einbindung der DGB-Gewerkschaften im Rahmen der jüngsten »Konzertierten Aktion« auf der Konferenz eher unterbelichtet. Auch hier wäre eine Erneuerung gewerkschaftlicher Macht jedoch wünschenswert und dringend nötig.

Gerd Wiegel, Philippe Haller, Karl Wolff, John Lütten

Krieg und Frieden – linker Ratschlag

Frankfurt am Main, medico international, 17. Juni 2023

Rund 60 Linke aus verschiedenen politischen Zusammenhängen waren der Einladung von *Heinz Bierbaum, Frank Deppe, Bettina Jürgensen, Ingar Solty* und *Heinz Stehr* zum zweiten »Linken Ratschlag« in Frankfurt/M. gefolgt, um über den Krieg in der Ukraine, seine gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen auf die Bundesrepublik und über die Machtverhältnisse in Russland zu diskutieren. Beim ersten Treffen (17. Dezember 2022, s. Z 133, S.175-177) war es hauptsächlich um die Krise der politischen und gesellschaftlichen Linken und um mögliche Auswege aus dieser Krise gegangen.

Ingar Solty, Rosa-Luxemburg-Stiftung, der aus Rom zugeschaltet war, erläuterte den Charakter des Krieges Russlands gegen die Ukraine und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Friedensbewegung in Deutschland. Der Krieg sei einerseits ein Invasionskrieg, zugleich aber auch ein Stellvertreterkrieg. Die aktive Kriegsteilnahme der NATO unter USA-Führung sei immer virulenter, und die Logik der Eskalation in einen dritten Weltkrieg sei in diese Eskalationsspirale eingebaut. Die inzwischen getroffenen NATO-Entscheidungen (z. B. Lieferung von Streumunition an die ukrainische Regierung) bestätigten diese Einschätzung. Solty verwies auf die weltweite Eskalation der Rüstungsausgaben (SIPRI Dokumentation). Die Rüstungskonzerne seien jetzt schon die eigentlichen Gewinner in diesem Krieg.

Aus westlicher Sicht sei eines der wichtigsten Kriegsziele, Russland dauerhaft zu schwächen. Aus US-Sicht gehe es aber auch darum, im globalen Hegemoniekonflikt die weltpolitische Position der EU (zum Vorteil der USA) zurückzudrängen. An dieser Flanke gebe es ein starkes Interesse der USA, den Krieg in die Länge zu ziehen und die EU dabei zu immer stärkerem militärischem Engagement zu drängen. Die USA könnten sich wirtschaftlich einen langen Krieg besser leisten als die EU. Die EU müsse daher ein objektives Interesse haben, diesen nicht gewinnbaren Krieg bald zu beenden. Hier lägen Ansatzpunkte für Friedensinitiativen. Allerdings, so fügte er hinzu, könne sich auch die Arbeiter:innenklasse in Deutschland den Krieg letztlich nicht leisten. Hier läge für die Gewerkschaften ein wichtiger Ansatzpunkt, ihre Position für Frieden und Abrüstung stärker zu akzentuieren, da sie ohnehin nicht die Kraft hätten, allein durch ihre Lohn- und Tarifpolitik die Folgen der Inflation von der arbeitenden Bevölkerung abzuwenden oder zumindest abzumildern. Allerdings könnten sich die Gewerkschaften in den Fragen von Krieg und Frieden nicht auf die sozialen Themen beschränken, sondern müssten politisch Profil gewinnen.

Nach Solty's nüchterner Einschätzung ist die politische Linke in der Frage von Krieg und Frieden derzeit gespalten in einen pazifistisch-menschenrechtlichen und einen traditionalistischen Flügel. Es gehöre zu den Hausaufgaben der Linken, die sozialen Folgen von Krieg und Rüstung zu verdeutlichen und sich für Abrüstung zu engagieren. Dazu gehöre aber weiter, sich andererseits für diplomatische Lösungen zur Beendigung des Krieges einzusetzen, gegen eine neue Blockkonfrontation Position zu beziehen.

»Blockkonfrontation« sei, so Solty in der Diskussion, das, was der »Westen« derzeit macht. Der Gegenpol sei China. China habe an dieser Konfrontation aber kein Interesse. Die USA verfolgten die langfristige Strategie, einen Aufstieg Chinas zu verhindern. Bisher sei diese Strategie weitgehend erfolglos gewesen.

Außerdem, so Solty, sei es Teil dieser Blockkonfrontation, Deutschland von den USA abhängig zu halten. Bei den herrschenden Eliten in Deutschland gebe es diesbezüglich Unzufriedenheit. Man müsse auch beachten, dass die Zustimmung in der Bevölkerung zu diesem Krieg nachlasse; hier lägen Ansatzpunkte für kritische Positionen.

Frank Deppe unterstrich, marxistische Analysen müssten den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg auf dem heutigen Niveau überzeugend darlegen. Seit 1991 hätten wir es mit einer neuen Epoche zu tun, in der die USA zunächst die unangefochtene Position des Weltimperialismus eingenommen hätten. Inzwischen seien aber zahlreiche Widersprüche erkennbar, die die insgesamt sehr schwache politische Linke in den Metropolen bisher nicht nutzen können.

Die Historikerin *Ditte Gerns* (Hamburg) referierte zu den Machtverhältnissen im heutigen Russland. Ein klares Verständnis des heutigen russischen Kapitalismus sei essentiell, um das Agieren Russlands in diesem Krieg und seine Rolle im globalen Konflikt der Metropolen zu verstehen. Der nach 1990 per »Turboakkumulation« entstandenen »chaotische« Kapitalismus Russlands sei kein dauerhaftes Modell gewesen. Mit dem Abgang Jelzins und dem Machtantritt Putins im Jahr 2000 habe sich ein staatlich gesteuerter Kapitalismus herausgebildet mit weit reichenden monopolistischen Strukturen, in dem die Oligarchen unter staatliche Kontrolle gestellt worden seien. Zwar sei seither eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung zu verzeichnen, aber Russland spiele nicht in der ersten Liga der entwickelten kapitalistischen Länder. Die russische Wirtschaft sei stark abhängig von Hochtechnologie-Importen aus dem Westen. Diversifizierungen der Wirtschaft und technologische Sprünge in innovative Sektoren hätten nicht stattgefunden. Wirtschaftlich spiele Russland im System der kapitalistischen Zentren eine periphere Rolle. Militärisch habe das Land aber immer noch den Status einer Weltmacht.

Zusammenfassend, so *Ditte Gerns*, lasse sich feststellen, dass das politische System mit einer Clique aus einflussreichen Vertretern der Oligarchie und der Sicherheitskräfte an der Spitze bisher uneingeschränkt die Macht in Russland ausübe. Flankiert werde dieses System durch eine zunehmend nationalistischere, reaktionäre Ideologie. Sergej Udaltow, der Koordinator der Linksfrente in Russland, habe festgestellt, dass viele Gruppen an der Macht und in der Macht nahen Wirtschaftskreisen von der so genannten militärischen Spezialoperation profitierten. Sie festigten damit ihre dominante politische Position. Dies sei wohl der Grund, warum die Ziele dieses russischen Krieges unklar blieben und ständig angepasst würden. Das ermögliche theoretisch ihre unbegrenzte Fortführung.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit blieb leider nur noch wenig Raum, die Ausführungen von *Ditte Gerns* gründlicher zu diskutieren. Ihr Vortrag findet sich auf der website von kommunisten.de und wird in der Oktober-Ausgabe der Marxistischen Blätter veröffentlicht werden.

In der Abschluss-Diskussion hob Frank Deppe hervor, die Linke dürfe sich den analytischen Zugang zu den inneren Faktoren der Aggressivität Russlands und zum internationalen Agieren der NATO nicht vom herrschenden Diskurs verbauen lassen. Beides sei elementar, um politisch Druck machen zu können in Richtung auf eine Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges. Ein weiterer Ratschlag soll Fragen der gewerkschaftlichen Friedenspolitik diskutieren.

Jürgen Reusch

»Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!«

Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz,
Gewerkschaftshaus Hanau, 23. bis 24. Juni 2023

Hanau kann auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung zurückblicken. In ihren begrüßenden Worten betonten *Ulrike Eifler* (Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft in der Partei Die Linke), *Robert Weißenbrunner* (1. Bevollmächtigter der IG Metall-Geschäftsstelle Hanau-Fulda) und *Heinz Bierbaum* (Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg Stiftung), dass Hanau darum nicht zufällig zum Austragungsort der Konferenz ausgewählt worden war. Die gemeinsam von der IG Metall Geschäftsstelle Hanau-Fulda und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Veranstaltung war gut besucht. Das vor dem Gewerkschaftshaus aufgebaute Zelt fasste mehr als 200 Personen – und war durchgehend gut gefüllt.

In seinem Eingangsreferat analysierte *Andreas Zumach* (ehem. UNO-Korrespondent der taz) zunächst die Vorgeschichte des Ukrainekriegs. Zumach erinnerte an den Zerfallsprozess der UdSSR, die in seinem Kontext aufgebrochenen Nationalitätenkonflikte und die Jelzin-Ära, nach deren Verwerfungen Putin zunächst Popularität als Garant einer »relativen Stabilisierung« habe gewinnen können. Die außenpolitische Vorgeschichte reicht von den gebrochenen Versprechen »des Westens« in den frühen neunziger Jahren über Putins – mit einer »Geste der ausgestreckten Hand« gehaltenen – Rede vor dem Bundestag 2001 bis zur Annexion der Krim 2014. Als einen Wendepunkt deutete Zumach Putins Beitrag auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Vor dieser Rede, über deren warnenden Gestus sich einige Vertreter von Diplomatie, Presse und Militär seinerzeit lustig gemacht hätten, hätte die russische Administration – abgesehen von Tschetschenien – noch auf eine eigene militärisch gestützte Machtpolitik verzichtet. Dies änderte sich in den Folgejahren (Georgien, Syrien usw.). Zur Vorgeschichte des Ukrainekriegs gehörte auch der Versuch, die Regierung Janukowitsch zu erpressen und die Ukraine vor die Wahl zu zwischen West und Ost zu stellen. Nach dem russischen Überfall habe man im Westen das militärische Kräfteverhältnis zunächst falsch eingeschätzt. Als ein rascher russischer Sieg ausblieb, habe man insbesondere in Washington und London die Chance gesehen, Russland langfristig zu schwächen. Ausführlich ging Zumach schließlich auf Auswirkungen des Krieges ein: Neben dem Leid der Zivilbevölkerung und dem der getöteten, verkrüppelten, traumatisierten Soldaten auf beiden Seiten seien das eine Verschärfung der

globalen Ernährungskrise durch die Blockade von Getreideexporten aus der Ukraine, die Erhöhung von Militäretats nebst einem Boom der Aktien großer Rüstungskonzerne, ein Brain Drain aus Russland hinaus, eine Stärkung des Nationalismus und der Repression in Russland, aber auch der Ukraine – und, wenn auch in anderer Qualität – die Verengung des demokratischen Diskursraumes durch eine »freiwillige Selbstgleichschaltung der Medien« im Westen, namentlich auch der Bundesrepublik. Dramatische Auswirkungen habe der Krieg insbesondere auf die Debatte um Atomwaffen. So sei gegenwärtig jede Kritik an der Doktrin atomarer Abschreckung verstummt und werde tendenziell sogar der Atomwaffensperrvertrag in Frage gestellt. Als Gefahr stelle Zumach zudem eine drohende Aufrüstung der EU heraus. Zwar sei eine Emanzipation der EU von den USA, die etwa verhindere, dass sich die EU in den Konflikt mit China treiben lasse, zu begrüßen. Aber die Vorstellung, dazu brauche man eine starke eigene Militärmacht, sei falsch und gefährlich.

Ingar Solty (Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik bei der RLS) analysierte den Ukrainekrieg im Kontext der »kapitalistischen Dauerkrise seit 2007. Solty stellte sechs Dimensionen dieser Krise heraus: Sie sei Krise der Akkumulation, der Geschlechterverhältnisse (insbesondere bezogen auf geschlechtliche Arbeitsteilung, Care-Arbeit und Belastung der Familien, Feminisierung der Lohnarbeit usw.), des sozialen Zusammenhalts sowie – damit verbunden – der Demokratie und des Parteiensystems. Hinzu kämen die ökologische Dimension als umfassende Wachstumskrise und die durch den relativen Abstieg der USA und den Aufstieg Chinas induzierte Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse. Nur im Zusammenhang mit Kapitalismus und Krise sei auch der Krieg in der Ukraine zu begreifen, der als russische Aggression und als Stellvertreterkrieg interpretiert werden müsse. Zu betonen seien in diesem Kontext vier »unbequeme Wahrheiten«: Erstens hätte eine kollektive Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands den Krieg verhindern können. Zweitens wisse er ein hohes Eskalationspotential bis hin zum Weltkrieg auf, drittens könne es keine militärische Lösung geben – es sei denn durch den Zusammenbruch der ukrainischen Armee –, viertens seien die Rückeroberung von Krim und Donbass durch die Ukraine völlig unrealistische Szenarien. Ähnlich wie auch Zumach hält Solty es für nicht unwahrscheinlich, dass in den USA eine Tendenz wachsen könnte, den Krieg von oben einzufrieren. In einer im Horizont von Inflation, Klimawandel und Kriegsgefahr aufscheinenden strukturellen Konvergenz von sozialer Frage, Klimafrage und Friedensfrage machte Solty darüber hinaus ein Hoffnungsmoment aus: Politisch gelte es, sie zur praktischen Konvergenz von Gewerkschafts-, Klima- und Friedensbewegung werden zu lassen.

Der Arbeitsrechtler *Wolfgang Däubler* erinnerte an den Naziüberfall auf die Sowjetunion, aus dem sich ergebe, dass deutsche Waffen dort »für alle Zeit nichts mehr zu suchen hätten – weder in Moskau noch in Kiew«. Hart ging Däubler mit den Grünen ins Gericht: »Wenn es gegen die Russen geht, ist die Klimakrise vergessen. Wenn es um die Geschwindigkeit des Umfallens geht, sind die Grünen rekordverdächtig.« Für eine Friedenslösung sei zu beachten, dass es »keine europäische Sicherheit ohne Russland und ohne die Ukraine« geben könne: »Wir können die Geographie nicht ändern.« Ein besonderes juristisches Aperçu in Däublers Beitrag war die Erwähnung einer derzeit vor dem Verwaltungsgericht in Köln anhängigen Schadenersatzklage

von Rheinmetall gegen die Bundesregierung, weil die Sanktionspolitik die Rüstungsgeschäfte des Konzerns mit Russland unmöglich gemacht haben: »Auch das ist Teil der wertorientierten Demokratie«. Der diplomatische Weg, so Däubler, sei der einzige, der zum Ziel eines Friedensschlusses führen könne. Die deutsche Regierung könnte – wie Lula oder Xi Jinping – eine Vermittlerrolle einnehmen: »Weg mit dem Kriegsgeschrei. Weg mit den Waffenlieferungen. Wir sollten den Anfang machen. Dabei sollten die DGB-Gewerkschaften an erster Stelle stehen. Sie dürfen keine Angst vor einem Konflikt haben. Sie müssen es aushalten, dass der eine oder andere Minister kritisch schaut und mit Liebesentzug droht.«

Neben Däubler nahmen am folgenden Podium *Michael Müller* (Naturfreunde) *Thomas Händel* (ehem. MdEP Die Linke) und *Ulrike Eifler* teil. Händel kontrastierte die gegenwärtige Konstellation mit der Stimmungslage in der Friedensbewegung der 1980er Jahre: Der Krefelder Appell sei seinerzeit auf eine politische Stimmungslage, getroffen, die – anders als heute – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften (insbesondere aber bei der Gewerkschaftsjugend und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit) bereits stark friedenspolitisch orientiert gewesen sei. Heute sei keine solche Orientierung in der Öffentlichkeit zu spüren. Auf medialer Ebene – durch eine linke Presse usw. – sei die Stimmung kaum zu drehen. Als friedenspolitische Akteure könnten Gewerkschaften jedoch insbesondere vor Ort tätig werden, um die geballte Medienmacht durch Gegenöffentlichkeit zu relativieren. Auch Müller ging von den Erfahrungen der klassischen Friedensbewegung aus und betonte die damals bestehende Verbindung von Antiatomwaffen- und Antiatomkraftbewegung. Heute sei zu wenig bewusst, dass das Klimathema auch ein Thema von Krieg und Frieden sei: Es gehe um die Zerstörung der Natur, auf die der Mensch angewiesen ist. Die Folgen des Klimawandels würden sich zudem dramatisch ungleich verteilen und so zu künftigen Kriegen und militärischer Abschottung führen. Im Anthropozän ginge es um die Alternative von Selbstvernichtung oder Emanzipation der Menschen. Der Ukrainekrieg habe uns in der Entwicklung einer so verstandenen globalen Verantwortungsethik dramatisch zurückgeworfen. Auch Eifler betonte gemeinsame Berührungspunkte zwischen Gewerkschafts-, Klima- und Friedensbewegung: »Jeder Euro, der versenkt wird in Rüstung und Krieg fehlt bei sozialer Gerechtigkeit, bei Armutsbekämpfung, guter Bildung und zur sozialökologischen Transformation.« Es sei in diesem Kontext an der Zeit, über das politische Mandat der Gewerkschaften zu sprechen. Starke Aufmerksamkeit erregte in der Diskussion der Beitrag eines jungen Aktivisten aus der Klimabewegung, der forderte, dass Gewerkschaften, Friedens- und Klimabewegung stärker aufeinander zugehen. Auf Seiten der Klimabewegung sei die Bereitschaft hierzu zunehmend vorhanden. Ein Konzert mit *Kai Degenhardt* beschloss den ersten Tag der Konferenz.

Am zweiten Tag bekräftigte *Janine Wissler* (Parteivorsitzende *Die Linke*) in einem Grußwort ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, Kriegsgegnern in Russland und Deserteuren. Der Ukrainekrieg werde nicht durch Waffenlieferungen beendet: »Es wird in diesem Krieg keine militärischen Lösungen geben.« Wissler betonte zudem, dass Kritik an der NATO nicht obsolet werde, weil Russland einen Angriffskrieg führt. Die Partei *Die Linke* werde daher auch weiterhin am Ziel einer Überwindung der NATO festhalten. Auf dem anschließenden Internationalen Podi-

um betonte die italienische Gewerkschafterin *Valentina Orrazzini* (FIOM/CGIL), angesichts Gefährlicher Zeiten sei es eine Aufgabe von Gewerkschaften verschiedene Kämpfe zusammenzuführen. In den wachsenden Friedensdemonstrationen sieht Orazzini eine Chance, Friedens- und Gewerkschaftsbewegung verstärkt ins Gespräch zu bringen und gewerkschaftliche Allianzen zu erweitern. Zugleich bestünde die Gefahr einer korporatistischen Integration von Gewerkschaften in die Kriegsökonomie. *Özlem Demirel* diagnostizierte eine tiefe Verunsicherung in der Bevölkerung und machte die Aufgabe von Linken und Gewerkschaften darin aus, Antworten auf diese Verunsicherung zu finden.

Großen Beifall erhielt insbesondere *Jeremy Corbyn*, der in seinem zweigeteilten Beitrag zunächst einen Einblick in die gesellschaftliche Situation der britischen Arbeiterklasse – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Streikbewegung – gab. Seit der Krise 2007/2008 sei die Arbeiterklasse in Großbritannien von einer tiefen Krise des Lebensstandards ergriffen – zumal sich Labour und Tories in ihrer austeritätspolitischen Ausrichtung damals kaum voneinander unterschieden hätten. Heute gebe es vielerorts mehr Tafeln (*foodbanks*) als McDonaldsfilialen. Die Covid-Pandemie habe die Lage zusätzlich verschärft. Diese Krisenerfahrungen kulminierten in der derzeitigen Streikbewegung, bei der auffiele, wie breit die gesellschaftliche Unterstützung selbst in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungssystem ausfiele. Im Sinne eines Aktionsprogramms nannte Corbyn fünf zentrale Forderungen für eine linke Reformagenda: Lohnerhöhungen müssten mindestens in der Höhe der Inflation ausfallen. Die Frage des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Kontrolle stellte sich insbesondere in zentralen Infrastrukturbereichen wie der Post (*Mail*), der Bahn (*Rail*), der Wasser- und Energieversorgung. Als weiteres zentrales Feld hob Corbyn die Wohnungsfrage hervor, die mit einem öffentlichen Investitionsprogramm, öffentlicher Kontrolle und Mietregulierung bearbeitet werden müsse. Zentral sei zudem das Steuersystem – insbesondere auch zur Absicherung des *National Health Service* als einer zentralen Errungenschaft der britischen Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert. Zudem gelte es international angesichts der Fluchtbewegungen für Nachhaltigkeit und Frieden einzutreten und xenophoben Bestrebungen der Rechten entschieden entgegenzutreten. Nach dem Scheitern der mit seinem Namen verbundenen Reformierung der Labourparty gelte es, eine neue Plattform für eine kämpferische Klassenbewegung zu schaffen. In diesem Sinn sei die soziale Bewegung *Peace in Justice* zu verstehen, die mittlerweile mehr als 50.000 Unterstützer habe. Auch bezogen auf den Ukrainekrieg hob Corbyn die Klassenfrage scharf hervor: Junge Russische Männer aus der Arbeiterklasse sterben in diesem Krieg. »Wir wissen, es wird eine Friedenskonferenz geben – irgendwo irgendwann. Warum nicht jetzt?« Dies sei der Ausgangspunkt der gemeinsam mit Yannis Varoufakis und Ece Temelkuran verfassten *Athener Deklaration*: »Wenn die Linke keine Alternative formulieren kann, wird es die extreme Rechte tun. Die Rechte sei fähig, die Meinung der Arbeiterklasse gegen Flüchtlinge oder andere Minderheiten zu mobilisieren. Ein sozialistisches Gegenprogramm verkörpere hingegen Hoffnung, Partizipation und Inklusion in Kultur, Kunst, Musik und Leben.«

Der Zusammenhang zwischen Krieg und wachsender Ungleichheit stand auch im Zentrum des abschließenden Vortrags von *Florian Moritz* (Leiter der Abteilung

Wirtschaftspolitik beim DGB), der anhand empirischen Materials belegte, wie Inflation, Energiekosten und die Entwicklung in der Wohnungsfrage die soziale Situation auch in Deutschland verschärfen. Abermals wurde der Bogen zurückgeschlagen zu Ingar Soltys am Tag zuvor vertretener These einer strukturellen Konvergenz von sozialer Frage, Klimafrage und Friedensfrage. In einzelnen Workshops wurde bis zum späten Nachmittag noch weiter diskutiert.

Die Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Hanau war ein wichtiger Auftakt. Es bleibt zu wünschen, dass sie dazu beiträgt die Friedensbewegung auch in den Gewerkschaften zu stärken.

David Salomon

»Wie viele Leben lebt der Mensch?« Zur Erinnerung an Walter Markov und Manfred Kossok

Leipzig, »Rosas Salon« im Felsenkeller, 3. Juli 2023

Anlass für die Hommage an zwei große marxistische Historiker: Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Markov (5. Oktober 1909 bis 3. Juli 1993) und Prof. Dr. Dr. h. c. Manfred Kossok (18. Mai 1930 bis 27. Februar 1993) bot Markovs 30. Todestag. Die Erinnerung und Würdigung des Lebens und Werks dieser beiden Leipziger Gelehrten, die in der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts Spuren hinterlassen haben, fand beträchtliche Publikumsresonanz.

Nach Begrüßung durch *Manfred Neuhaus* und den Kovorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen *Horst Junginger* wurde zu Beginn der Veranstaltung *Thomas Grimms Zeitzeugen-Dokumentation »Der Historiker Walter Markov. Ein Leben mit Revolutionen«* (1993) aufgeführt. Die erstmalige Bekanntschaft oder erneute Begegnung mit dem Gelehrten auf der Leinwand, der Klang seiner Stimme, seine Gestik, sein bedächtiges Argumentieren, vermittelten dem Publikum einen faszinierenden Einblick in die verschiedenen Facetten seiner Persönlichkeit.

Dann trugen *Harry* und *Sabine Stein*, *Gerald Diesener*, *Monika Runge*, *Ursula Wohlfeld*, *Klaus Pezold*, der Unterzeichnende, *Alexander Schmidt*, *Gerd-Rüdiger Stephan* und *Ariane Markov* Texte von Walter Markov vor, während *Volker Külow* dessen Rolle bei der Gründung des Leipziger Rosa-Luxemburg-Vereins beleuchtete und *Christian Hofmann* und *Manfred Neuhaus* Markovs Schüler Manfred Kossok würdigten. Den größten Beifall erhielt Ariane Markov, die auch auf emotional sehr berührende Weise den Epilog aus der Autobiographie ihres Großvaters »Wie viele Leben lebt der Mensch? Eine Biographie aus dem Nachlaß« (Leipzig 2009) vortrug.

Der »Lesemarathon« mit weiteren Textpassagen aus der Autobiographie, den »Freiheiten des Priesters Roux« (Berlin 1967), den Essays aus »Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen« (Berlin und Weimar 1979) und »Napoleon und seine Zeit. Geschichte und Kultur des Grand Empire« (2. A. Leipzig 1996) stand im Zeichen von Walter Benjamins Forderung »Vergangenes historisch artiku-

lieren heißt nicht, es zu erkennen, wie es denn eigentlich gewesen ist'. Es heißt sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt.« (Benjamin 1940)

Walter Markov wurde 1909 in Graz geboren und erlebte als junger Mann die Weimarer Republik, den Aufstieg des Faschismus und den Zweiten Weltkrieg. Er engagierte sich früh politisch, trat nach der Promotion in Bonn der bereits verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei, gründete eine Widerstandsgruppe, gab die illegale Zeitschrift »Sozialistische Republik« heraus, wurde 1935 verhaftet, wegen Hochverrats verurteilt und verbrachte die Haftzeit bis zur Selbstbefreiung im April 1945 im Zuchthaus Siegburg, davon acht Jahre in Einzelhaft. Nach dem Krieg wurde Markov Professor für Geschichte an der Universität Leipzig. An der Alma mater lipsiensis, die seit 1953 den Namen des bärtigen Welterklärers aus Trier trug, lehrte und forschte er bis zu seiner Emeritierung. Kosmopolit, Widerstandskämpfer, politischer Häftling, kreativer Freigeist, nach seinem Ausschluss aus der SED (1951) Kommunist ohne Parteibuch und, so wie Manfred Kossok, ein Historiker der revolutionären Träume.

Die während der Hommage vorgetragenen Texte bezeugen Markovs Fähigkeit, historische Ereignisse aus einer materialistischen Perspektive zu analysieren, ohne dabei die individuellen Akteure und deren Motive zu vernachlässigen. Sie zeigen auch seine Leidenschaft für die Geschichte als eine Quelle der Inspiration und des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse. Markovs und Kossoks Werke bieten uns nicht nur eine fundierte Kenntnis der Vergangenheit, sondern auch eine kritische Perspektive auf die Gegenwart und eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Die Schwierigkeiten des wissenschaftlichen Wirkens in der DDR brachte Markov 1992 in einem Interview 1992 zur Geltung: »Man tat gut daran, sich jede Formulierung reiflich zu überlegen, um zwischen Scylla und Charybdis heil durchzusegeln, also Verlässliches mit Sachkunde zu operieren und gleichzeitig die Obrigkeit nicht allzu sehr zu verprellen. Dazu gehörte eine gewisse angewandte Kunst des Schreibens, gekennzeichnet dadurch, daß man die eine Hälfte zu Papier brachte und die andere dem Leser gewissermaßen als Denksportaufgabe übertrug.« (Neues Deutschland, 6. August 1992, S. 11)

Christian Hofmann beschrieb sehr eindrücklich die Relevanz von Manfred Kossoks Denken und Arbeiten. Er wurde 1930 in Breslau geboren und erlebte als Jugendlicher den Zweiten Weltkrieg. Nach einer Schuhmacherlehre studierte er ab 1950 Geschichte, Literatur und Philosophie an der Universität Leipzig, wo er 1957 promovierte und 1962 habilitierte. Kossok wurde zum Professor für Allgemeine Geschichte der Neuzeit berufen und leitete zuletzt das Institut für Kultur- und Universalgeschichte. Hofmann betonte die Bedeutung des Werkes »In Tyrannos – Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Commune« (Leipzig 1989), das eine einzigartige Perspektive auf die Geschichte der Revolution biete. Es sei zugleich eine Synthese von Kossoks Forschungen und eine Reflexion über die Bedeutung der Revolution für die Gegenwart und die Zukunft – ein Buch voller Leidenschaft und Hoffnung, das den revolutionären Geist lebendig hält.

Kossok schrieb: »Sich der Revolution zuzuwenden bedeutet, am Zeitgeschehen weder vorbeigehen noch vorbeidenken zu können. [...] Revolutionsgeschichte ent-

spricht dem eigentlichen Anliegen historischen Denkens mit der Frage nach dem Woher und Wofür auch die des Wohin zu beantworten, Geschichte in Gegenwart zu sehen, Gegenwart als Geschichte nach- und vorzudenken«. (Kossok 1989, S.14 und 442)

Es war ein gelungener Abend, der das Andenken an zwei bedeutende marxistische Historiker lebendig hält und zugleich neue Impulse für die weitere Beschäftigung mit ihren Werken vermittelt: Das Lebenswerk von Walter Markov und Manfred Kossok ist eine Quelle der Inspiration und des Lernens für die heutige Linke, die sich mit den »Ebb- und Flutperioden des industriellen Zyklus« (Marx) konfrontiert sieht. Die historischen Forschungen von Markov und Kossok zeigen uns, wie die Vergangenheit die Gegenwart prägt, aber auch, wie die Gegenwart die Vergangenheit neu interpretiert. Sie lehren uns, dass die Geschichte kein linearer oder deterministischer Prozess, sondern ein offenes Feld von Möglichkeiten, Konflikten und Widersprüchen ist. Sie ermutigen uns, die Geschichte nicht nur als Objekt des Studiums, sondern auch als Subjekt des Handelns zu verstehen.

Christian Anneck

Kritische Vermessung der »Zeitenwende«

Tagung von AkG, RLS u. a., Universität Frankfurt/M.,
14. bis 15. Juli 2023

Prozesse der Gegenwart besser zu verstehen und Interventionsmöglichkeiten emanzipatorischer Politik auszuloten war das Ziel der Konferenz »Zeitenwende – welche Zeitenwende? Umbrüche im globalen Kapitalismus«, die am 14./15. Juli 2023 an der Goethe-Universität in Frankfurt stattfand. Veranstalter waren die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit den Frankfurter Professor*innen *Bernd Belina*, *Alex Demirović* und *Susanne Heeg*. Über 200 Teilnehmende diskutierten in 13 Workshops, u. a. über das Verhältnis von kritischer Wissenschaft und Arbeitskämpfen, die Forderung nach Vergesellschaftung, die Folgen von Ukraine-Krieg und Rechtspopulismus oder Projekte sozialökologischer Transformationen. Gerahmt wurde die Tagung durch drei Plenarveranstaltungen, die sich der großen Titelbegriffe annahmen.

Im ersten Panel ging es um aktuelle Herausforderungen für kritische Gesellschaftsanalyse und emanzipatorische Politik. Für *Birgit Mahnkopf* (IPE Berlin) steht »Zeitenwende« vor allem für eine neue Militarisierung der Außenpolitik und den (alten) Versuch, durch Aufrüstung Innovationen zu induzieren. Diese Strategie laufe allerdings Gefahr, den Weltenbrand hervorzubringen noch bevor der Klimakrise der Menschheit den Hitzetod beschert. Dass die Krise(n) auch als Chance verstanden werden können, weil die herrschenden Eliten selbst konzeptionslos agieren oder zumindest Zweifel am neoliberalen Paradigma hegen, erläuterte *Oliver Nachtwey* (Uni Basel). Er polarisierte mit der These, dass es hinsichtlich des Überfalls auf die Ukraine »linke Defizite in der Positionierung zu Russland« gäbe – schließlich hätten Linke einst auch »Waffen für den Vietcong« gefordert. Ein progressives Wachstum der Rüstungsaus-

gaben, wie mit dem Zwei-Prozent-Ziel angestrebt, ist für Demirović hingegen Ausdruck mangelnder Realitätstüchtigkeit herrschender Politik, die krisenauslösende Momente nicht bearbeite. Der liberale Kapitalismus biete keine Lösungen. Vielmehr brauche es »große Theorie« als eine Art Resilienzförderung, um auf erwartbare Katastrophen vorbereitet zu sein. Es gelte Zusammenhänge zu begreifen zwischen dem, was als Herrschaftsverhältnis getrennt wird, etwa Lebensformen, Hand- und Kopfarbeit etc. In diesem Sinne sei Wokeness »nicht kritikwürdig, sondern cool«. Allerdings erscheinen nach vierzig Jahren Neoliberalismus, so *Nicole Meyer-Ahuja* (Uni Göttingen), Individualisierung und Flexibilisierung auch vielen abhängig Beschäftigten attraktiv. Wo kollektive Standards abgebaut werden, resultiere jedoch zumeist keine Verbesserung individueller Optionen, sondern eine Verschlechterung. Um soziale Spaltungen zu überwinden, plädierte sie für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur und die Verteilung der Arbeit im Sinne einer »kurzen Vollzeit« sowie eine Politisierung des Verhältnisses von Arbeit und Demokratie.

Das zweite Plenum beleuchtete die Dimensionen von Deglobalisierungsprozessen und geoökonomischen Umbrüchen. *Margit Mayer* (FU Berlin) analysierte dabei den Strategiewandel der Hegemonialmacht USA vom Protektionismus unter Trump hin zu einer grün-liberalen Modernisierung. Die Biden-Administration befinde sich in der widersprüchlichen Lage, einerseits Kapitalinteressen bedienen zu wollen und zugleich den globalen Aufstieg des Konkurrenten China nicht einhegen zu können. Letzterer, so der Sinologe *Felix Wemheuer* (Uni Köln), sei der große Profiteur der neoliberalen Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung, dessen Erfolg der Westen heute zu bremsen versuche. Zur Realität des chinesischen Wandels gehöre aber ebenso der Ausbau des Militärs und seiner (globalen) Einsatzfähigkeit. Auch Russlands Regierung, so *Felix Jaitner* (Deutsch-Russischer-Austausch), bleibe der neoliberalen Orientierung verhaftet, wobei die Widersprüche zwischen Zentrum und Peripherie ebenso zunehmen, wie der Einfluss des Militärisch-Industriellen-Komplexes. Im Hinblick auf die EU argumentierte die österreichische Soziologin *Julia Eder*, dass deren Möglichkeiten einer angestrebten strategischen Autonomie aufgrund der Verflechtungen mit den USA faktisch begrenzt seien. Den gegenwärtigen Kurs gegenüber den Ländern des globalen Südens kritisierte sie als »grünen Imperialismus«, der an der Sicherung des Rohstoffnachschiebs für heimische Industrien ausgerichtet sei.

Das Abschlussplenum war der Frage nach den Perspektiven gewidmet. *Janine Wissler*, Co-Vorsitzende der Linken, charakterisierte den Klimawandel als zentrale Herausforderung. Zugleich warnte sie vor Normalisierungstendenzen im Umgang mit dem Rechtspopulismus. Sie erinnerte daran, dass die EU noch mit Sanktionen reagierte, als die konservative ÖVP vor zwanzig Jahren mit der rechtsradikalen FPÖ in Österreich koalierte, statt mit Gratulationen, wie sie die italienische Postfaschistin Meloni nach ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin im letzten Jahr empfangen durfte. Im Hinblick auf den sozialökologischen Umbau sei es erforderlich, immer wieder die Perspektive »von unten« aufzumachen und zu zeigen, dass der Kampf für eine gerechte Verteilung weltweit ein Kampf gegen dieselben Konzerne ist. Dass ein solcher Umbau sich nicht darin erschöpfen kann, bloß die energetischen Grundlagen auszutauschen, war eine Kernbotschaft von *Hans-Jürgen Urban* (IG Metall). So müsse eine modernisierte Antriebstechnik in eine sozial und ökologisch fundierte Verkehrswen-

de eingebettet sein. Und wo Unternehmen auf öffentliche Finanzmittel angewiesen sind, um den energetischen Wechsel zu vollziehen (z. B. Stahlproduktion), sei deren Vergabe an Bedingungen zu knüpfen – etwa die tatsächliche CO2-Reduktion oder die Arbeitsplatzsicherheit. Die Dekarbonisierung gehe mit neuen transnationalen Wertschöpfungsketten einher, die zu klassischen Ausbeutungsverhältnissen führen werden, wenn nicht die Lieferkette selbst durch Stärkung von Gegenmacht bearbeitet wird. Angesichts der sich verkürzenden Zeithorizonte wären die Möglichkeiten eines radikalen Reformismus neu zu diskutieren. Angemessen radikal erschien zumindest dem Auditorium offenbar die Ankündigung von *Anne Jung* (Medico), dass ihre Organisation den Energiekonzern RWE zu verklagen beabsichtigt, was mit kräftigem Beifall bedacht wurde. Ein solches Exempel sei notwendig, da der ‚grüne Kapitalismus‘ auf den Schultern des globalen Südens realisiert und das Recht auf Rechte für Menschen dort unterminiert werde. Als Beispiel der Vereinnahmung kritischer Denkerinnen kritisierte *Uta Ruppert* (Uni Frankfurt) schließlich die Rede von der »feministischen Außenpolitik«. Intersektionale Gerechtigkeit basiere auf Praxen der Solidarität, die in den Kämpfen der Geschichte entwickelt wurden und aus denen sich Impulse für die Kämpfe von heute gewinnen lassen.

Bemerkenswert war auch die große Anzahl von Nachwuchswissenschaftler*innen unter den Teilnehmenden. Denn in Anbetracht der Herausforderungen kann zumindest das Interesse Jüngerer an kritischer Gesellschaftsforschung optimistisch stimmen.

Jörg Reitzig